

Entwicklung, Partnerschaft, internationale Solidarität

Die Entwicklungspolitik der Christlich Demokratischen Union

Der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik hat am 3. Dezember 1984 eine Broschüre verabschiedet, die grundsätzliche Aussagen und Positionen der CDU zur Entwicklungspolitik enthält. Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Herr Karl Lamers, MdB, hat am 18. Dezember 1984 diese Broschüre der Presse vorgestellt. Nachstehend veröffentlichen wir diese Broschüre auszugsweise.

I. Einleitung

Unter den politischen Themen, die in großen Teilen der Bevölkerung als dringlich empfunden werden, nimmt die Entwicklungspolitik keinen vorderen Platz ein. Die Bewältigung der Arbeitslosigkeit und des Strukturwandels der Wirtschaft, die Sicherung des Friedens und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gelten als die vorrangig zu lösenden Probleme. Von ihnen sind alle westlichen Industrieländer betroffen. Bringen die reichen Länder des Nordens unter diesen Umständen noch Aufmerksamkeit auf für die Überlebensnöte unzähliger Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika? Die Bereitschaft, die Leistungen für die Entwicklungshilfe zu verstärken, wird auch beeinträchtigt von den Enttäuschungen darüber, daß der Entwicklungspolitik der letzten beiden Jahrzehnte der erhoffte durchschlagende Erfolg versagt blieb.

Beschäftigt mit schwerwiegenden Problemen der eigenen Gesellschaft werden in den westlichen Ländern finanzielle Opfer zugunsten der Dritten Welt nur dann breite Zustimmung finden, wenn es gelingt, den Stellenwert der Entwicklungspolitik für die Zukunft unseres Landes zu verdeutlichen.

1. Entwicklungspolitik aus christlicher Verantwortung

Die erdumspannenden Kommunikationstechniken, die Fortschritte im Verkehrswesen und die Zunahme von Welthandel und Tourismus verwischen zunehmend die Grenzen

von „nah“ und „fern“. Räumlich weit entfernte Teile der Erde wachsen zusammen. Mehr als je zuvor wird daher die Not von Hunderten von Millionen Menschen zur Herausforderung an unser politisches Selbstverständnis. Die Idee der Menschenrechte und des menschenwürdigen Lebens ist unteilbar. **Der westliche Beitrag zur Entwicklung der Dritten Welt ist ein Test auf die Glaubwürdigkeit der Grundwerte unserer politischen und sozialen Ordnung.**

Mit einer Politik aus christlicher Verantwortung sind nationaler Egoismus und eignesüchtige Beschränktheit, die Armut und Unterentwicklung in der Dritten Welt nicht wahrnehmen wollen, unvereinbar. Christliche Demokraten können den Notleidenden und Unterdrückten in Asien, Afrika, Lateinamerika und in der Karibik nicht gleichgültig begegnen. **Die CDU weiß sich zu internationaler Solidarität verpflichtet. Denn Solidarität „verpflichtet die Starken zum Einsatz für die Schwachen. ... Diese Aufgabe stellt sich im persönlichen Verhältnis zwischen Mitmenschen, in der Partnerschaft zwischen gegnerischen sozialen Kräften und in den Beziehungen der Völker zueinander, vor allem den weltweiten Entwicklungsaufgaben“** (Grundsatzprogramm der CDU, Ziffer 25).

Einen tiefen Graben zwischen dem hohen Anspruch einer an Grundwerten orientierten Politik und ihrer Verwirklichung empfinden gerade Jugendliche als auf Dauer nicht hinnehmbar. Der demokratische Verfassungsstaat, die Soziale Marktwirtschaft und die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland werden auch an den Perspektiven für die Entwicklung der Dritten Welt gemessen.

2. Entwicklungspolitik nützt allen

Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland nützt auch uns selbst. Europa kann keine Insel der Freiheit, des Wohlstands und des Friedens bleiben, wenn in anderen Teilen der Erde Unterdrückung, Armut und politische Instabilität herrschen.

Gerechtigkeit schafft Frieden. Entwicklungshilfe trägt zur weltweiten Friedenssicherung bei, wenn sie krasse soziale Ungleichheiten und rassische, ethnische und religiöse Diskriminierung beseitigen hilft. Damit können inner- und zwischenstaatliche Konflikttherde eingedämmt werden, die heute noch zu gewaltamer Konfliktaustragung führen. Mit zunehmender Militarisierung der Dritten Welt und mit dem Übergreifen des Ost-West-Gegensatzes können kriegerische Auseinandersetzungen einen Flächenbrand auslösen, der alle Entwicklungsanstrengungen in einer ganzen Region zunichte macht und dem Interesse Europas an einer weltweiten Entspannung zuwiderläuft.

Entwicklungspolitik muß zu einem friedlichen sozialen Wandel in den Ländern der Dritten Welt beitragen, damit revolutionären Erschütterungen der Nährboden entzogen wird. Guerillabewegungen verschärfen den Teufelskreis von Gewalt und Not. Leidtragende sind die Menschen. Die Guerilla darf deshalb nicht die einzige Alternative zu Diktatur, zu sozialer und wirtschaftlicher Erstarrung sein.

Westeuropas Wohlstand beruht auf einer intensiven Arbeitsteilung, die vielfältige Außenhandelsbeziehungen erfordert. **In der internationalen Arbeitsteilung kommt den Entwicklungsländern eine Rolle zu, die über die Deckung des Energie- und Rohstoffbedarfs hinausgeht.** Schon jetzt weisen vor allem die sogenannten Schwellenländer beachtliche Erfolge bei der Industrialisierung auf. **Die Verlagerung einzelner Industriezweige vom**

Norden in den Süden gehört zum weltwirtschaftlichen Strukturwandel, der langfristig bei den Seiten zugute kommt. Die Überschuldung und chronische Devisenknappheit vieler Entwicklungsländer sowie protektionistische Maßnahmen der Industrieländer behindern die Ausweitung des gegenseitigen Handels. Eine Entwicklungspolitik, die heute Startchancennachteile der Entwicklungsländer im Welthandel ausgleicht, verhilft Europa zu gleichberechtigten Partnern von morgen. Schon heute hängen bei uns rund 110 000 Arbeitsplätze von deutschen Entwicklungshilfeleistungen und Rückflüssen aus Krediten an die Entwicklungsländer ab. Der Handel mit der Dritten Welt sichert darüber hinaus direkt und indirekt rund 1 Mio. Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland.

Nicht zuletzt führt eine intensive Begegnung der Kulturen und Lebensordnungen zu einer kulturellen Bereicherung der westlichen Welt. In der Entwicklungspolitischen Zusammenarbeit erhalten wir wichtige geistige Impulse. Sie reichen von der Entdeckung der lateinamerikanischen und afrikanischen Literatur bis zu den Anstößen, die das europäische Christentum in der Begegnung mit den überseeischen Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften erfährt.

3. „Das Gras wächst nicht schneller, wenn man zieht“ (afrikanisches Sprichwort)

Die Entwicklung einer leistungsfähigen Volkswirtschaft und die Ausbildung eines demokratischen und sozialen Verfassungsstaates erfordern einen langwierigen Prozeß, der sich in Europa über mehr als ein Jahrhundert hingezogen hat. **Entwicklungspolitik muß daher in langen Zeiträumen denken.** Die Verfolgung Entwicklungspolitischer Ziele, die langfristig mit unseren eigenen Interessen in Einklang stehen, darf nicht hinter kurzfristigen Interessen zurückstehen, zum Beispiel hinter dem Bestreben eines Wirtschaftszweigs nach Absicherung seines Marktanteils.

II. Ziele unserer Entwicklungspolitik

1. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Zur Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung ist ein stetiges und rasches Wirtschaftswachstum unverzichtbar. Eine Umverteilung des Sozialprodukts allein kann den Lebensstandard weiter Teile der Bevölkerung nicht dauerhaft heben. Dies gilt insbesondere für die ärmsten der Entwicklungsländer, in denen das Volkseinkommen in der Regel weniger ungleich verteilt ist als in Entwicklungsländern mit höherem Pro-Kopf-Einkommen.

Die in der Entwicklungspolitik lange Zeit bestehende Bevorzugung der Schwerindustrie hat teilweise verhängnisvolle Wirkungen gehabt. Die CDU gibt deshalb der ländlichen Entwicklung, der Ansiedlung von Kleingewerbe und Handwerk sowie der Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen den Vorrang. Wir unterstützen eine Industrialisierung, die Energie und Rohstoffe spart, weniger kapitalaufwendig ist als in den Industrieländern und Produkte herstellt, für die auf dem heimischen Markt Nachfrage besteht.

Die einzelnen Wirtschaftszweige müssen intensiver miteinander verkettet werden, insbesondere der für den Export produzierende Bereich mit dem inländischen Markt. Je stärker eine Volkswirtschaft verzahnt ist, um so mehr Wachstumsimpulse gehen von erfolgreich arbeitenden Wirtschaftszweigen auf andere Zweige über. Wirtschaftswachstum, technischer Fortschritt und Produktivitätszunahme müssen dabei grundsätzlich auf alle Sektoren gerichtet sein, wobei sich die Schwerpunkte und Prioritäten nach den Ressourcen des jeweiligen Landes richten.

Insbesondere in den bevölkerungsreichen Entwicklungsländern hat die Entfaltung des Binnenmarktes eine zentrale Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies setzt voraus, daß der größere Teil der in der Landwirtschaft Tätigen für den Markt produziert und der Anteil der Bezieher mittlerer Einkommen deutlich zunimmt. So kann am ehesten eine kaufkräftige Nachfrage entstehen, die den Binnenmarkt fördert. Deshalb muß eine Schicht entstehen, die in ihrer wirtschaftlichen und politischen Rolle unserem Mittelstand entspricht.

Die Ausweitung des Binnenmarktes muß durch die strukturell ausgewogene Verflechtung mit der Weltwirtschaft ergänzt werden. Die Länder der Dritten Welt sollten im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung ihre Produktionsvorteile nutzen, um den Import der für ihre wirtschaftliche Entwicklung erforderlichen Kapitalgüter über den Außenhandel zu finanzieren. Das Bestreben, Importe durch Herstellung im eigenen Land zuersetzen, findet seine Grenzen an den Erfordernissen der zumindest langfristigen Wirtschaftlichkeit der Produktion. Nach unserer Überzeugung bremsen Autarkiebestrebungen die erwünschte wirtschaftliche Entwicklung.

Armutsbekämpfung und wirtschaftliches Wachstum sind keine Gegensätze. Einer sozial gerechten und wirtschaftlich ausgewogenen Entwicklung liegt die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen zugrunde. Mit einer solchen Entwicklungsstrategie wird das produktive Potential der Armen, ihre Fähigkeit, eigene Ressourcen für produktive Zwecke zu nutzen, mobilisiert. Verbesserung von Ernährung, Wohnung und Gesundheit tragen unmittelbar zur Steigerung der Eigenleistung und zur Produktivität der Arbeitskraft bei.

2. Politische Entwicklung

„Entwicklungspolitik ist nicht wertneutral. In unseren auswärtigen Beziehungen haben wir nicht nur die Aufgabe, die eigene, an den Grundwerten und Menschenrechten orientierte politische Ordnung zu schützen, sondern uns auch für unsere Werte in der Welt einzusetzen. ... Wir sind der Meinung, daß es allgemeine, für alle Menschen gültige Grundsätze gibt. Aber wir wissen, daß sie je nach den Traditionen und Lebensbedingungen sehr verschiedenartigen Ausdruck finden. Daher sind gegenseitige Achtung und Toleranz auch ein außenpolitisches Gebot“ (Grundsatzprogramm der CDU, Ziffer 151).

Ein vorrangiges Ziel der Entwicklungspolitik ist der Aufbau einer politischen Ordnung, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ermöglicht. Dazu gehört nach unserer Überzeugung die Gewährleistung der Grundrechte sowie von Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Bürger. Der Entwicklungsprozeß wird um so erfolgreicher sein, je stärker er von der Bevölkerung getragen wird. Das Recht eines jeden Landes auf Bestimmung seines eigenen Staats- und Gesellschaftssystems kann die Verletzung von Menschen-

rechten nicht rechtfertigen. Diese sind jeder staatlichen Ordnung vorgegeben und inzwischen allgemein geltendes internationales Recht. **Die Ausrichtung der Entwicklungspolitik auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen wird durch die Absicht ergänzt, mit der Vergabe von Entwicklungshilfe auch auf die Verbesserung der Menschenrechtslage hinzuwirken.** Denn beide Ansätze sind nur zwei Seiten derselben Grundüberzeugung: Jede Entwicklung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft muß dem Menschen dienen und ihm zu einem würdigen Dasein verhelfen.

Angesichts erst in Ansätzen vorhandener politischer und gesellschaftlicher Institutionen, der hohen Analphabetenquote sowie des unzureichend ausgeprägten Bewußtseins großer Teile der Bevölkerung für die Belange ihres Staats, darf Entwicklungshilfe an das politische System eines Empfängerlandes keine Anforderungen stellen, die erst als Ergebnis eines langwierigen politischen Entwicklungsprozesses erfüllt werden können. **Gleichwohl sind bevorzugte Partner der Zusammenarbeit die Länder, die sich bemühen, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen, dem einzelnen wie den sozialen Gruppen politische Mitwirkungsrechte einzuräumen und ihnen einen Freiraum für wirtschaftliche Entfaltung zu gewährleisten.** Mit Ländern, in denen die Menschenrechte dagegen grob verletzt werden und staatliche Stellen morden und foltern, kommt eine Entwicklungszusammenarbeit auf Regierungsebene grundsätzlich nicht in Betracht.

Regierungen, die eine Politik des sozialen Ausgleichs im Innern anstreben und um partnerschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft bemüht sind, schaffen günstige Voraussetzungen, um inner- und zwischenstaatliche Konflikte auf dem Wege des Dialogs zu lösen und das weltweit grassierende Übel der Gewaltanwendung einzudämmen.

Die globale Aufrüstung macht auch vor der Dritten Welt nicht halt, im Gegenteil: Dort sind die Steigerungsraten der Rüstungsausgaben im letzten Jahrzehnt höher als in den Industriestaaten. **Die wichtigsten Rüstungsexportländer, zu denen inzwischen auch die Bundesrepublik Deutschland gehört, müssen Abmachungen über eine gemeinsame, wirksame Begrenzung des Rüstungsexports in Entwicklungsländer treffen.** Die Europäische Gemeinschaft sollte hier Vorreiter sein. Die zunehmende Militarisierung der Dritten Welt hemmt die politische und wirtschaftliche Entwicklung und fördert die Neigung, innere und äußere Konflikte mit Waffengewalt auszutragen.

Der Aufbau einer leistungsfähigen, unbestechlichen Verwaltung ist unerlässlich. Andernfalls wird die Aufnahmefähigkeit des Empfängerlandes für Entwicklungsprojekte schnell an Grenzen stoßen, und die Entwicklungspolitik wird eine unwirksame Staatsbürokratie finanzieren und deren Einflußnahme auf Wirtschaft und Gesellschaft verstärken.

3. Kulturelle Entwicklung

Von den Ländern der Dritten Welt, die erst in den fünfziger und sechziger Jahren unabhängig wurden, erschwert die Vielfalt von Sprachen und Kulturen innerhalb der Grenzen eines Staates die Ausbildung einer nationalen Identität, um die sich viele dieser Länder zu Recht bemühen. Denn ein Staatsbewußtsein kann der Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen zugute kommen, weil sich das Verwaltungspersonal dann dem Gemein-

wohl stärker verpflichtet weiß als den Interessen seiner Herkunftsgruppe. Ein gemäßigtes Nationalbewußtsein kann die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung fördern.

Allerdings muß bei der Ausformung einer nationalen Kultur der Wunsch nach kultureller Eigenständigkeit ethnischer und religiöser Minderheiten respektiert werden. In ethnisch stark zersplitterten Staaten kann die Sprache der ehemaligen Kolonialmacht eine Klammerfunktion übernehmen, die gleichzeitig Zugang zur weltweiten Kultur und Wissenschaft verschafft. Dieses Sprachenproblem kann nur durch eine Verstärkung des Bildungswesens überwunden werden.

Die Gesellschaften der Entwicklungsländer befinden sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Traditionelle Lebensformen und herkömmliche Produktionstechniken werden aufgegeben. Die Menschen können sich in ihrer sich modernisierenden Umwelt nur orientieren, wenn eine grundlegende Bildung die teilweise Auflösung von Traditionen ausgleicht. Schulbildung muß jedermann zugänglich sein. Bildungsprogramme müssen an die kulturellen Gegebenheiten des Entwicklungslandes anknüpfen. Sie dürfen nicht ein westliches Bildungssystem mit seinen Inhalten einer anderen Kultur überstülpen.

Die Mädchen müssen beim Schulbesuch gleichberechtigt sein. Denn ohne die Frauen lassen sich die landwirtschaftliche Produktion in der Selbstversorgungswirtschaft, Familienplanung, Gesundheitsvorsorge, Hygiene und Nahrungszubereitung nicht wirksam verbessern. Diese Programme werden um so erfolgreicher sein, je mehr sie in ein umfassendes Konzept vor allem der ländlichen Entwicklung integriert sind.

In vielen Entwicklungsländern behindert ein Mangel an Führungskräften auf allen Ebenen und an qualifizierten Arbeitskräften die wirtschaftliche und technische Entwicklung. Der Ausbau einer möglichst praxisnahen beruflichen Bildung ist daher ebenso wichtig wie die Alphabetisierung der gesamten Bevölkerung. Die Bildungsmaßnahmen müssen allerdings mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten, um zu verhindern, daß gutgemeinte Bildungsprogramme — wie so oft in der Vergangenheit — unbezahlt werden. Bildungspolitik sollte auch entwicklungsorientierte Denk- und Verhaltensweisen fördern. Die Eliten vieler Entwicklungsländer sind noch zu stark auf die Interessen ihrer eigenen Gruppe ausgerichtet.

4. Ausgewogene Entwicklung

Die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Ziele müssen in ausgewogenem Verhältnis zueinander angestrebt werden. Eine ungleichgewichtige Entwicklungsstrategie kann politische Instabilität oder eine schwere Wirtschaftskrise auslösen oder sogar Entwicklungsbemühungen völlig scheitern lassen:

- Im Iran vor der Revolution verfolgte die damalige Regierung ehrgeizige Pläne zur Modernisierung der Wirtschaft und zur Beschleunigung der Industrialisierung. Die kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen, die die destabilisierenden Wirkungen eines raschen wirtschaftlichen Strukturwandels hätten auffangen müssen, wurden vernachlässigt.
- Südkorea, ein Land mit durchschlagenden wirtschaftlichen Erfolgen und einem hohen kulturellen Stand, ist reif für eine umfassende politische Beteiligung der Bürger.

Die Verweigerung von Demokratisierung und Liberalisierung provoziert Unruhen und Konflikte, die bei einer stetigen politischen Entwicklung vermeidbar wären.

— In Tansania stößt der Versuch, vorrangig das Bildungs- und Gesundheitswesen zu entwickeln, an enge Grenzen, da die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft nicht annähernd so rasch gesteigert werden konnte. Es ist daher fraglich, ob die ersten Erfolge bei der Befriedigung von Grundbedürfnissen trotz der schwierigen Wirtschaftslage, die zumindest teilweise selbst verschuldet ist, gehalten werden können.

Der Erfolg einer Entwicklungsstrategie hängt wesentlich von den Eigenanstrengungen eines jeden Landes ab. Die Bundesrepublik Deutschland achtet die Eigenverantwortlichkeit der Staaten der Dritten Welt für ihren Entwicklungsweg und strebt eine partnerschaftliche Zusammenarbeit an. Maßnahmen gegen Armut und Unterentwicklung müssen daher von beiden Seiten befürwortet und getragen werden. Weder darf die Vergabe von Entwicklungshilfe das Recht des Entwicklungslandes mißachten, seine Wirtschaft und Gesellschaft nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, noch kann von den westlichen Ländern verlangt werden, daß sie finanzielle Mittel für Projekte zur Verfügung stellen, die ihren politischen Grundüberzeugungen einer menschenwürdigen Ordnung zuwiderlaufen und die entwicklungspolitisch — weil ineffizient — fragwürdig sind.

III. Schwerpunkte entwicklungspolitischer Zusammenarbeit

Entwicklungshilfe darf die Eigenanstrengungen des Entwicklungslandes nicht lähmen. Mit ihrer Vergabe dürfen keine neuen Abhängigkeiten entstehen, die dem Ziel politischer und wirtschaftlicher Eigenständigkeit widersprächen.

Die ärmsten Länder sollten Kapitalhilfe weitgehend als einen nicht rückzahlbaren Zuschuß erhalten, Schwellenländer dagegen in der Regel zur Rückzahlung der zu günstigen Bedingungen gewährten Kredite verpflichtet sein. Das erhöht den Anreiz, diese Mittel für produktive Investitionen zu verwenden, aus deren Erträgen der zukünftige Schuldendienst geleistet werden kann.

Die CDU unterstützt die von der Bundesrepublik Deutschland eingegangene Verpflichtung, 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfeleistungen aufzubringen. Dieses Ziel wird nur verwirklicht werden können, wenn auch in den nächsten Jahren der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit stärker als der Bundeshaushalt steigen wird und wenn die Bundesländer ihr entwicklungspolitisches Engagement ausbauen, zu dem schwerpunktmaßig die Förderung der Aus- und Fortbildung gehört. Zwei andere Ziele sind zumindest annähernd erreicht: 0,15 Prozent des Bruttosozialprodukts werden für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit mit den am wenigsten entwickelten Ländern (LLDCs) ausgegeben und ein Prozent insgesamt, einschließlich der privatwirtschaftlichen Leistungen zu marktüblichen Bedingungen, für die Dritte Welt aufgewendet. Die Höhe der Entwicklungshilfe allein sagt jedoch wenig über die Leistungen eines Landes zugunsten der Entwicklung der Dritten Welt aus. Ein aussagekräftiger Ländervergleich darf drei weitere Aspekte nicht übersehen:

- die Ausgestaltung der Entwicklungshilfe (z. B. Verzicht auf Lieferbindung, Steigerung der Wirksamkeit durch laufende Projektkontrolle);
- die Berücksichtigung der Belange der Entwicklungsländer in der Außenhandelspolitik sowie auf anderen Politikfeldern;
- die Bereitschaft zur Hilfe in Notfällen (Katastrophenhilfe, Asylgewährung an politisch Verfolgte, Flüchtlingshilfe usw.).

Entsprechend der internationalen wirtschaftlichen Bedeutung sollte die Bundesrepublik Deutschland in Zukunft ihre entwicklungspolitischen Bemühungen noch verstärken. Von kolonialer Vergangenheit relativ unbelastet und nicht auf die Verfolgung machtpolitischer Interessen in Regionen der Dritten Welt ausgerichtet, kann sie eine aktive Rolle innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und in den internationalen Organisationen und Konferenzen im Dialog zwischen Industrie- und Entwicklungsländern übernehmen.

1. Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung

Entwicklungspolitik umfaßt mehr als Kapitalhilfe und technische Zusammenarbeit. **Insbesondere in den Schwellenländern wird die wirtschaftliche Entwicklung gefördert, wenn die Industrieländer ihre Märkte für Produkte aus Übersee öffnen.** Dabei dürfen Fertigwaren und Halbfertigprodukte gegenüber Rohstoffen nicht diskriminiert werden, um den Entwicklungsländern ein breiteres Spektrum von Exporten zu ermöglichen.

Protektionistische Maßnahmen, die den Entwicklungsländern den Aufbau einer industriellen Produktion für den Export erschweren, bedeuten auf lange Sicht für beide Seiten Wohlstandseinbußen. **Ebenso fragwürdig ist die europäische Agrarpolitik, die mit staatlich subventionierten Agrarüberschüssen den Entwicklungsländern Märkte streitig macht, auf denen sie wettbewerbsfähig sein können.**

Noch immer erzielen viele Entwicklungsländer mit dem Export eines oder weniger Rohstoffe den Hauptanteil ihrer Deviseneinnahmen. Deswegen richten sich ihre Forderungen seit Mitte der siebziger Jahre verstärkt auf die Neuordnung der Rohstoffmärkte, die ihnen stabile Preise auf hohem Niveau garantieren soll. **Die im Rahmen der sogenannten Neuen Weltwirtschaftsordnung geforderte planwirtschaftliche Reglementierung des Weltmarktes lehnt die CDU ab:**

- **Wird der Preis eines Rohstoffes künstlich hochgehalten, werden die Entwicklungsländer, die dieses Gut exportieren, die Produktion auf diesem Sektor verstärken. Damit erhöht sich die Einseitigkeit der Exportstruktur, anstatt daß sie schrittweise abgebaut wird.**
- **Die finanziellen Möglichkeiten eines Rohstofffonds und eines Ausgleichslagers, Überschüsse aufzukaufen, sind begrenzt. Der durch staatliche Eingriffe verzerrte Preis würde nur zu Überkapazitäten führen. Knappes Kapital würde in eine unproduktive Verwendung gelenkt, anstatt in andere Sektoren der Volkswirtschaft investiert.**
- **Der Verwaltungsaufwand bindet Geld, das sonst für produktivere Zwecke in den Entwicklungsländern eingesetzt werden könnte.**

Einen Großteil dieser Mängel vermeiden die Regelungen der Lomé-Verträge, die die Europäische Gemeinschaft mit mittlerweile 66 afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern (AKP) geschlossen hat. Nach diesem Abkommen erhalten die AKP-Staaten Ausgleichszahlungen, wenn ihre Erlöse aus dem Export bestimmter landwirtschaftlicher Produkte (Stabex) und mineralischer Rohstoffe (Sysmin) unter einem mehrjährigen Durchschnittswert sinken. Dieses System der Erlösstabilisierung ermöglicht den Entwicklungsländern eine für ihre wirtschaftliche Planung hilfreiche Verstetigung der Deviseneinnahmen — und zwar auf marktkonforme Weise, weil in die Preisbildung nicht eingegriffen wird.

Die schädlichen Wirkungen einer marktwidrigen staatlichen Preispolitik zeigen sich in der Landwirtschaft besonders deutlich. Hält eine Regierung die Preise für Grundnahrungsmittel künstlich niedrig, um den Lebensstandard der städtischen Bevölkerung zu heben, mindert sie damit die Erlöse der Bauern aus dem Verkauf ihrer Produkte. Steigen dann gleichzeitig die Preise für landwirtschaftliche Vorleistungen (Düngemittel, Saatgut usw.), entfällt jeder Anreiz zur Erhöhung der Agrarproduktion. Viele kleine und mittlere landwirtschaftliche Produzenten ziehen sich aus dem Markt zurück und beschränken sich auf die Selbstversorgung (Subsistenzwirtschaft). Wenn Regierungen diesem verhängnisvollen Kreislauf entgegenwirken, indem sie einen Anstieg der Preise für Lebensmittel aus inländischer Produktion zulassen, müssen gleichzeitig die Einkommensmöglichkeiten für die ärmste städtische Bevölkerung verbessert werden.

Die Vermeidung von Preisverzerrungen gehört zu einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik, die in der Entwicklungspolitischen Zusammenarbeit behutsam gefördert werden sollte. Zumindest darf die westliche Entwicklungshilfe nicht die planwirtschaftlichen Elemente verstärken. Entwicklungsmaßnahmen zur Förderung privater Initiativen helfen auch gegen eine oft Entwicklungshemmende staatliche Bürokratie. Sie sind weniger gefährdet durch politische Kursänderungen und Regierungswechsel in den Ländern der Dritten Welt. Deswegen wollen wir die Entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Unternehmensverbänden der mittelständischen Wirtschaft und mit Genossenschaftsverbänden verstärken. Dabei geht es vor allem um:

- Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Entwicklung neuer Produkte;
- Hilfen bei der Erschließung von Absatzmärkten;
- Vermittlung des Zugangs zu den Kreditmärkten;
- Förderung der Berufsausbildung über Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft.

Auch wenn Investitionen ausländischer Unternehmen in den Ländern der Dritten Welt vornehmlich an eigenen Interessen orientiert sind, kann diese Form des Kapitaltransfers auch der Verwirklichung Entwicklungspolitischer Ziele dienen. Das Engagement privater Unternehmen ist vor allem dann sinnvoll, wenn damit die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze und die berufliche Qualifizierung einheimischer Erwerbstätiger verbunden sind, einheimische Ressourcen und Vorprodukte genutzt werden, die Devisenbilanz verbessert und der Transfer mittlerer Technologien erreicht wird.

Insgesamt wird der Entwicklungspolitische Effekt um so größer ausfallen, je besser sich die Direktinvestitionen in die sektor- und regionalpolitische Konzeption des Gastlandes einpassen. Eine besonders hohe Entwicklungspolitische Bedeutung haben Investitionen

im Bereich der ländlichen Entwicklung. Eine produktive und vielseitige Landwirtschaft sowie der Aufbau von Handwerks- und kleingewerblichen Produktionsbetrieben leisten einen entscheidenden Beitrag zu einer ausgewogenen wirtschaftlichen Entwicklung.

2. Förderung der politischen Entwicklung

Politische Entwicklung bedeutet mehr als die Durchführung von Wahlen. In einigen Entwicklungsländern haben jahrhundertelange Unterdrückung, Bevormundung und existentielle Not große Bevölkerungsteile in Resignation und Gleichgültigkeit sinken lassen. Um diese Mentalität zu durchbrechen, müssen die Menschen lernen, ihre Interessen zu erkennen, sich solidarisch zusammenzuschließen und als Organisierte in ihrer unmittelbaren Umwelt erste Verbesserungen zu erkämpfen. Deshalb muß die Entwicklungszusammenarbeit private Initiativen, Gewerkschaften und Selbsthilfe-Einrichtungen der Betroffenen in den Dörfern, Kleinstädten und großstädtischen Elendsvierteln der Dritten Welt fördern.

Demokratie kann in einem Gemeinwesen nur verankert werden, wenn eine politische Infrastruktur — Parteien, freie Presse, Gewerkschaften, Bauern-, Unternehmensverbände usw. — aufgebaut wird. Wer sich hier engagiert, ist besonders davon bedroht, in seinen Menschenrechten verletzt zu werden. Der Entwicklungszusammenarbeit darf ihr Schicksal nicht gleichgültig sein. Denn wenn durch staatliche Unterdrückung die freie Entfaltung gesellschaftlicher Gruppen unterbunden wird, dann mißlingt die Einbindung großer Bevölkerungsteile in den Entwicklungsprozeß. Wir wollen daher die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Forderung verknüpfen, die Menschenrechte zu beachten.

Zum Aufbau einer politischen Infrastruktur eignen sich vor allem Nicht-Regierungs-Organisationen. Aus der Bundesrepublik Deutschland sind besonders kirchliche Hilfswerke, freie Träger und politische Stiftungen in Entwicklungsländern engagiert; die Entwicklungspolitische Arbeit der Gewerkschaften, Unternehmensverbände und Kamern muß noch verstärkt werden. Mit der Vielzahl ihrer Kleinprojekte erreichen Nicht-Regierungs-Organisationen oft unmittelbar die Bevölkerungsgruppen, denen die Entwicklungszusammenarbeit zugute kommen soll. Sie können basisnäher als regierungsamtliche Organisationen arbeiten, weil sie ihre Maßnahmen gemeinsam mit einheimischen Partnern vor Ort durchführen. Diesen soll der Weg zur eigenständigen Fortführung des Projekts geebnet werden: Hilfe zur Selbsthilfe.

Nicht-Regierungs-Organisationen haben einen größeren Spielraum als staatliche Einrichtungen. Sie können auch dann noch tätig sein, wenn die Entwicklungspolitische Zusammenarbeit auf Regierungsebene wegen tiefgreifender politischer Meinungsverschiedenheiten eingestellt werden mußte (z. B. Chile) oder noch nicht aufgenommen werden kann (z. B. Namibia).

3. Förderung der kulturellen Entwicklung

Auch in diesem Bereich sind die Nicht-Regierungs-Organisationen geeignet für die Entwicklungszusammenarbeit, etwa beim Aufbau freier Medien und bei der Errichtung eige-

ner Nachrichtenagenturen der Entwicklungsländer. Diese wollen zu Recht den bisher oft einseitigen Informationsfluß korrigieren und das Übergewicht der auf die Bedürfnisse der Industrieländer ausgerichteten Berichterstattung mindern.

Mit unseren politischen Grundüberzeugungen ist allerdings der Aufbau einer sogenannten Neuen Informationsordnung unvermeidbar, der staatlicher Reglementierung der Medien und einem Eingriff in die Pressefreiheit Vorschub leisten würde. Die Beschränkung und Kontrolle des Informationsflusses stabilisiert vielleicht die Herrschaft diktatorischer Regierungen; sie dient aber nicht der Entwicklung freier und pluralistischer Gesellschaften in der Dritten Welt.

Innerhalb der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit müssen der Kultauraustausch intensiviert und die kulturellen Eigenständigkeiten und Traditionen der außereuropäischen Völker geachtet werden. Deshalb sollte Künstlern, Autoren und Journalisten aus Afrika, Asien und Lateinamerika bei uns in Deutschland ein Forum geboten werden, um die Lebens- und Gedankenwelt der Menschen dieser Länder bekanntzumachen.

Viele kleine Schritte für ein großes Ziel

„Frieden ist auf Dauer unerreichbar bei extremen Unterschieden der Lebensbedingungen der Menschen und Völker. Entwicklungshilfe ist daher ein entscheidender Beitrag zum Frieden“ (Beschluß des CDU-Parteitags in Hamburg 1981). Die Überwindung von Armut und Unterentwicklung kann nur gelingen, wenn gemeinsame Anstrengungen der Industrie- und Entwicklungsländer unternommen und Interessenkonflikte partnerschaftlich gelöst werden.

Ein wichtiges Forum für den Nord-Süd-Dialog sind die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen und andere internationale Zusammenschlüsse. Der Vorwurf, daß alle diese Verwaltungen nur viel Geld verschlingen, ohne sinnvolle Ergebnisse vorweisen zu können, ist zu pauschal. Die Weltbank zum Beispiel leistet gute Arbeit. Dort wo der Vorwurf berechtigt ist, muß die Bundesregierung in enger Abstimmung mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und den anderen westlichen Partnern auf innere Reformen hinwirken, die die Arbeitsfähigkeit dieser Gremien verbessern. Ein Rückzug der Bundesrepublik Deutschland aus internationalen Verpflichtungen löst keine Probleme.

Nicht immer begünstigen die von der Politik des Entwicklungslandes gesetzten Rahmenbedingungen eine erfolgreiche entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Auch in diesen Fällen resignieren wir nicht. Entwicklungszusammenarbeit sollte — dem Beispiel vieler Nicht-Regierungs-Organisationen folgend — noch stärker unmittelbar bei den Menschen ansetzen, denen wir helfen wollen. Wir warten nicht, bis die Voraussetzungen für Zusammenarbeit optimal sind, denn dann ist es für viele Notleidende schon zu spät.

Das Interesse in der Bundesrepublik Deutschland für die Probleme der Dritten Welt nimmt zu. Immer mehr Bürger befürworten nicht nur steigende Ausgaben für öffentliche Entwicklungshilfeleistungen. Sie tragen auch aktiv durch Spenden zur Verbesserung

rung der Lebensverhältnisse in der Dritten Welt bei. Diese Bemühungen von staatlicher und privater Seite haben bereits zu beachtlichen Erfolgen geführt:

- In vielen Staaten der Dritten Welt konnten im Gesundheitswesen und bei der Alphabetisierung Fortschritte erzielt werden.
- Der Bildungsstand steigt, die Lebenserwartung hat sich deutlich erhöht.
- In einigen Staaten bietet auch die gesamtwirtschaftliche Lage ein recht günstiges Bild. Es konnte ein wirtschaftliches Niveau erreicht werden, das diese Staaten zu bedeutenden und gleichgewichtigen Partnern auf dem Weltmarkt werden läßt.

Nicht nur Regierungen müssen den Nord-Süd-Dialog führen. Deshalb haben in den letzten beiden Jahren mehr als 100 CDU-Kreisverbände Projekte in 38 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas unterstützt und damit verdeutlicht, was die gesellschaftlichen Gruppen in unserem Land in handelnder Solidarität mit notleidenden Menschen in der Dritten Welt tun können.

Dennoch dürfen wir uns mit dem Erreichten nicht zufriedengeben. Die Unterschiede zwischen Nord und Süd in unserer einen und unteilbaren Welt sind nach wie vor gewaltig. Wenn es über einzelne Maßnahmen der Entwicklungshilfe auch in Zukunft Meinungsverschiedenheiten geben wird, so muß doch die Entwicklungspolitische Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen werden.

Wir dürfen unser gemeinsames Ziel nicht aus den Augen verlieren. Zwar sind Fortschritte in der Entwicklungspolitik nicht einfach zu erreichen, aber Frieden und ein besseres Leben für die gesamte Menschheit werden keine Utopien bleiben, wenn sich alle Staaten und alle Menschen guten Willens ernsthaft darum bemühen.